

Anders Arendt ist ein ganz anderer

Zu „Anders Arendt macht sich zum Serien-Kandidaten“:

Eines muss man ihm ja lassen. Mangelndes Selbstvertrauen und ein Übermaß an Versagensängsten kann man dem Amöneburger Ex-Bürgermeister nun wirklich nicht vorwerfen. Getreu dem alten Boxer-Motto „Hinfallen ist keine Schande, nur liegenbleiben“ versucht Anders Arendt zum wiederholten Male sich den Traum von einer erneuten Wahl zum Rathauschef zu verwirklichen. Jedenfalls scheint dies so. Ich persönlich glaube allerdings mittlerweile, dass alles ganz „anders“ ist.

Spätestens seit dem Foto auf der Titelseite der OP vom 13. April glaub ich fest daran, dass sich hinter Anders Arendt in Wirklichkeit ein ganz anderer verbirgt. Seien wir also nicht ganz so überrascht, wenn sich der neue Bürgermeister von Bad Salzschlirf nach erfolgter Wahl als der von uns allen geliebte Komödiant Hape Kerkeeling entpuppt.

Uwe J. Hahn, Am Weimarer See 3, Weimar

Ohrenschmaus zu Ostern

Zum Auftritt des N-Joy-Chors:

Bravo, N-Joy Chor. Anlässlich des Gottesdienstes am Ostermontag in Cölbe sorgte der N-Joy Chor aus Niederwalgern unter der Leitung von Matthias Heuser nicht nur für einen Ohrenschmaus, sondern bescherete auch der ansonsten nicht gerade mit Besucherandrang verwöhnten evangelischen Kirche einen sehr guten Besuch.

Mit seinen einfühlsamen, dennoch kräftig vorgetragenen Liedern, teils gospelartig präsentiert, erzeugte der Chor sicherlich nicht nur bei mir Gänsehaut-Feeling. Eine Vorstellung von Kirchenmusik der et was anderen Art, Wiederholung empfehlenswert.

Hans Fett, Gartenstraße 6, Cölbe

Seltsamer Ausdruck für Stellenabbau

Leserbrief zum Interview mit Herrn Menger:

Der Begriff des Persilscheins stammt aus der Zeit der Entnazifizierung nach 1945. Damals wurde er verwendet für Zeugnisse oder Entlastungsgutachten, die sich nationalsozialistisch belastete Personen von nicht belasteten ausstellen ließen, um im Entnazifizierungsprozess möglichst billig wegzukommen.

In welchem Sinn benutzt Herr Menger (Foto) diesen Begriff in Bezug auf den drohenden Stellenabbau beim UKGM?

Ruth B. Raabe, Auf dem Wehr 9, Marburg



Ganz ohne Beschämungspädagogik geht es nicht

Zum Artikel „Schüler mal gezielt fertig machen“:

Ich bin nur froh, dass ich zu Zeiten Abitur machen konnte, in denen meine Lehrer noch nicht völlig verunsichert waren durch Begriffe wie Beschämungspädagogik nach Professor Benno Hafener, etc. Defizite gerade im methodisch-didaktischen Bereich der damaligen Zeit sehe ich durchaus, da hat Schule sich erheblich verbessert, aber wie so oft wurde damit gleichzeitig ohne Not Bewährtes über Bord geworfen. Für mich war und ist bis heute das entscheidende Kriterium der offene Umgang miteinander, die Positionen Schüler – Lehrer müssen eindeutig definiert sein, die Leistungen müssen ehrlich bewertet, gute Leistungen gelobt, schlechte Leistungen als solche benannt und nicht schöneredet werden.

Ich bin selbst kein Lehrer, habe aber gerade in letzter Zeit einige Fälle vom Umgang zwischen Lehrern und Schülern gehört, bei denen ich mir Lösungen entgegen der Beschämungspädagogik nur schwer vorstellen kann, es sei denn man driftet ins Humorfach.



Schüler einer fünften Klasse hören Ausführungen zum Thema Facebook.

Archivfoto

1. Beispiel: Einen Tag nach der Wahl des neuen Bundespräsidenten gestaltet eine Lehrerin die Unterrichtsstunde mit diesem Thema und fragt eine Schülerin, wer denn der neue Präsident sei. Antwort, offen-

sichtlich ernst gemeint, Jo-gi Löw?

Die nach Professor Hafener völlig falsche Antwort der Lehrerin: „Wer am Nachmittag nur RTL und Pro 7 guckt, der weiß es halt nicht besser, vielleicht

könnte man ja mal im ZDF normale Nachrichten sehen!“

Richtige Antwort der Lehrerin nach Professor Hafener hätte lauten müssen: „Fast richtig, schön dass Du Dich für Politik interessierst!“

2. Beispiel: Eine Lehrerin unterrichtet über Satzbau und bittet einen Schüler, er möge doch einen Satz an die Tafel schreiben nur mit 3 Worten – Subjekt, Prädikat, Objekt.

Schüler schreibt nur ein Wort an die Tafel, „Bumsen“. Reaktion der Lehrerin mit Androhung von Konsequenzen ist natürlich Beschämungspädagogik und somit völlig falsch!

Richtige Lösung hätte lauten müssen: „Gut! Da haben wir schon das Prädikat, dann machen wir mal in Gruppenarbeit weiter, Olaf und Natalie ihr ergänzt noch Subjekt und Objekt!“ Am Ende steht an der Tafel „Hans bumst Petra“ Na geht doch!

Ich kann mir nicht helfen, aber ich fürchte manchmal geht es halt nicht ganz ohne Beschämungspädagogik. Allerdings muss ich gestehen, dass der letzte Satz im Interview mich schon ein wenig versöhnt hat, weil er durch die Aussage „Setzen von Grenzen, Vereinbarung von Regeln, Auseinandersetzung mit Argumenten“ vieles von dem abmildert, was Professor Hafener vorher vertreten hat.

Udo Mittelbach, Wilhelmstraße 10, Marburg

Beleidigung für Lehrer, die im Horrorsystem funktionieren

Zum Interview mit Professor Benno Hafener

„Schüler mal gezielt fertig machen“:

Wann waren Sie zum letzten Mal in einer Schule, Herr Professor? Haben Sie schon jemals vor einer Klasse gestanden? Vor 30 Schülern, von denen wenige den Unterricht sabotieren, weil ihnen „das pädagogische Geschehen“ nicht „einsichtig“ ist, die es gar nicht „zu ihrer Sache“ machen wollen, denen alles andere wichtiger ist als „Co-Pro-

duzenten pädagogischer Prozesse“ zu sein?

„Co-Produzenten pädagogischer Prozesse“ klingt gut, ich gratuliere! Glauben Sie wirklich, dass daran die Lehrer schuld sind, die „Schüler mal gezielt fertig machen“? Wo sind diese Lehrer Ihnen begegnet, die „indirekt beschämen“ und „Verächtlichmachen, Verachtung, Zurückweisung, Erniedrigung, Missachtung, Abwertung, Demütigung, Diskriminierung und Spott mit erzieherischen Wirkungen“ legitimieren? Der Schulalltag sieht anders

aus: Lehrer treffen in überfüllten Klassen auf Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Störungen. Zwei oder drei Problemschüler reichen aus, um dem Rest der Klasse, Schülern wie Lehrern, das Leben schwer zu machen. Das betrifft nicht nur sozial Benachteiligte.

Gehen Sie in eine beliebige Klasse, dort finden Sie den Beweis. Glauben Sie allen Ernstes, dass dafür allein die Lehrer verantwortlich sind? Dass Lehrer bewusst in die Trickkiste der Schwarzen Pädagogik grei-

fen, um mit gezielten pädagogischen Maßnahmen wie Demütigung und Spott aus Schülern pädagogisch erwünschtes Verhalten wie Leistungsbereitschaft, Disziplin und Kooperation herauszulocken? Unterrichts ist ein dynamischer Prozess. Störungen verweisen auf Probleme, die oft so gravierend sind, dass die Schule in der real existierenden Form schlichtweg überfordert ist.

Sozial und psychisch traumatisierten Schülern kann in überfüllten Klassen nicht geholfen werden. Indem Sie Lehrer zu

Sündenböcken machen, verschleiern Sie, dass im gegenwärtigen Zwangssystem von Massenkinderhaltung Schüler wie Lehrer an die Grenzen ihrer Belastbarkeit getrieben werden.

Sie beleidigen alle engagierten Lehrer, die in diesem Horrorsystem jahrein, jahraus trotzdem funktionieren. Noch schlimmer: Als pädagogischer Experte behindern Sie Reflexionsprozesse und damit die Veränderung der Schule zum Ort der Emanzipation.

Regine Wagner-Preusse, Schmiedeacker 9, Marburg

Grausige Entwicklung

Zu Martin Menger:

Herr Martin Menger könne keinen Persilschein für auslaufende Stellen ausgeben. So die OP vom 14. April. Persilscheine gab es zum Reinwaschen ehemaliger Nazis in den drei Westzonen der späteren Bundesrepublik. Derart „entnazifizierte“ Personen wurden nach ihrer Reinwaschung in den Alltag eingegliedert. Die Arbeit von

Hundertern von Mitarbeitern, ihre Leistung muss nach dieser Formulierung Herrn Mengers als so schmutzig angesehen werden, dass selbst Persilschein als Reinigungsmittel versagt. Herr Menger lässt sich „Klinikchef“ nennen. Vor zukünftiger Entwicklung in dieser Klinik graust mir.

Prof. Wolfram Schüffel, ehem. Leiter der Klinik für Psychosomatik, Kaffweg 17 a, Marburg

Deutsche sind nichts wert

Zum Thema 10 000 Schlecker Arbeitsplätze:

Man muss sich in diesem Land wirklich die Frage stellen: Was ist man als Deutscher eigentlich wert?

Die Antwort lautet: nichts! 70 Millionen Euro als Bürgerschaft für Schlecker haben wir nicht, Milliarden für andere

EU-Staaten werden rausgefeuert. Die Krönung war noch ein Bericht vor Kurzem, dass sich Deutschland mit 135 Millionen an einem neuen U-Boot für Israel beteiligt.

Aber für Deutsche haben wir, außer Ausbeutung, nichts übrig. Angesichts der hohen Spritpreise ist eine Erhöhung der Pendlerpauschale schon lange

überfällig. Soli zahlen wir auch schon über 20 Jahre, die Krankenkassen quellen über vor Geld, aber an Erleichterungen ist nicht zu denken.

Hauptsache zahlen und dann mit vollen Händen weg mit der Kohle, aber nicht für deutsche Bürger.

Peter Schmidt, Unterer Eichweg 22, Marburg

Viele Denkmäler

Zu „Protest gegen Denkmal“:

Genanntes Denkmal in Bortshausen ist mir schon lange bekannt, da es in Marburg jahrzehntlang beheimatet war. Denkmäler für gefallene deutsche Soldaten gibt es in vielen deutschen Gemeinden und dort werden keine Ostermärsche gegen eben diese Erinnerungszeichen für gestorbene Soldaten unternommen. Aber in Marburg gibt es leider Menschen, denen diese Form der Erinnerung missfällt und das ist traurig und entspricht nicht der Art, wie man in Frankreich zum Beispiel mit der Erinnerung an gefallene Soldaten umgeht.

Es ist ein großer Unsinn, gerade in Marburg, von einem Kriegdenkmal zu reden. Erinnerungen an tote Soldaten sind gerade ein Hinweis darauf, Kriege soweit wie möglich zu ächten, denn sie bringen nur Not und Leid zu den Menschen. Hier von einer Glorifizierung

des Militarismus zu sprechen ist reiner deutscher Schwachsinn.

Gerade in der Normandie in Frankreich wurden 1944 schwere Schlachten ausgetragen, die vielen Soldaten etlicher Nationen das Leben kosteten (Unternehmen Overlord im Juni 1944). In der Nähe des damaligen Landungsstrandes liegt der amerikanische Soldatenfriedhof mit 9 000 Gefallenen.

Die Anlage ist sehr gepflegt und bietet jedem Toten ein Einzelgrab. Europäische Besucher können hier feststellen mit welchem Aufwand gerade Amerika im Gegensatz zu Deutschland seiner Gefallenen gedenkt. Und in der Ortschaft St. Laurent-sur-Mer gibt es das „Musée Memorial d' Omaha Beach“.

Hier kann man sehen, wie alles einstmal war.

Ob Frankreich, England, Kanada oder Amerika, dort denkt man anders, als in Marburg.

Jon A. Sender, Am Rosengarten 25, Wolfhagen

Ausländerrecht ist Bundesrecht

Zum Bericht Studentin muss in den Iran ausreisen“:

Leider werden in dem Artikel Sachverhalte nicht gerade sachlich dargestellt. Ich verstehe ja, dass der ASTA sich politisch profilieren will, aber dann soll er es doch nicht mit Schlagworten wie „Alltagsrassismus“, sondern mit sachdienlicher politischer Arbeit leisten.

Die Iranerin, die jetzt nur zum Visumerhalt in ihr Heimatland zurückreisen muss, ist kein Einzelfall! Während meiner Dienstzeit als Referent für Internationale Angelegenheiten der Philipps-Universität hatte ich zahlreiche ähnliche Fälle zu bearbeiten, die immer – so gut es ging – mit der Unterstützung der Ausländerbehörde gelöst wurden. Natürlich kann die Ausländerbehörde gesetzliche Vorgaben nicht außer Acht lassen. Der Spielraum für Fälle wie diesen ist in den letzten Jahren immer enger geworden. Eine Zeit lang konnten wir die betroffenen Studierenden in eini-

ge benachbarte Länder (Österreich, Schweiz etc.) schicken, wo sie dann von der deutschen Botschaft mit der Vorabzustimmung der Marburger Ausländerbehörde (das ist die korrekte Bezeichnung der „Vorabversicherung von Vaupel“) unverzüglich die Aufenthaltsbewilligung bekamen. Diese kostensparende Möglichkeit wurde vom Auswärtigen Amt vor einigen Jahren eingeschränkt beziehungsweise abgeschafft, sodass jetzt die Studienbewerber tatsächlich in das Heimatland mit der Vorabzustimmung zurückkehren müssen. Die Behauptung der Unverbindlichkeit einer Vorabzustimmung ist übrigens nicht zutreffend. Denn sie hebt die sogenannte mehrwöchige Verschweigepflicht auf. Das heißt, die deutsche Botschaft ist nicht mehr verpflichtet, in diesem Fall bei der Ausländerbehörde Marburg anzufragen, ob es Gründe gibt, die der Visumserteilung für den Studienbewerber entgegenstehen und kann die Aufenthaltsbewilligung umgehend erteilen. All das zeigt aber die „Hirn-

rissigkeit“ solcher Vorschriften, von denen es im Ausländerrecht noch einige gibt. Wenn die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen, wie in diesem Fall, erfüllt sind, muss die lokale Ausländerbehörde autorisiert sein, die Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Wenn der ASTA wirklich helfen will, dass solche sinnlosen Vorschriften verschwinden, sollten sich die ASTen zusammen tun und Druck auf ihre Bundestags- und Landtagsabgeordneten aufbauen, um das Ausländerrecht zu entrümpeln. Denn Ausländerrecht ist Bundesrecht. Niemand kann bei der Erarbeitung eines Gesetzes alle in der Praxis auftretenden Ungereimtheiten vorhersehen. Meines Erachtens wäre es angebracht, eine Arbeitsgruppe aus Praktikern in den Ausländerbehörden einzusetzen, die alle in der Praxis auftretenden Probleme bei der Durchföhrung des Ausländerrechts auf den Tisch legt und pragmatische Lösungsvorschläge erarbeitet.

Thomas Komm, Steinborn 18, Marburg